



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 28. November 2013
(OR. en)**

**16931/13
ADD 1**

**Interinstitutionelles Dossier:
2011/0371 (COD)**

**CODEC 2740
EDUC 453
JEUN 117
SPORT 107
SOC 994
RELEX 1074
RECH 575
CADREFIN 329**

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung von "Erasmus+", dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG (erste Lesung) - Annahme des Gesetzgebungsakts (GA + E) = Erklärung

Gemeinsame Erklärung Frankreichs, Schwedens, Dänemarks, Finnlands, Polens und Sloweniens zur Bürgerschaftsfazilität für Studiendarlehen

Frankreich, Schweden, Dänemark, Finnland, Polen und Slowenien begrüßen den Kompromissvorschlag des irischen Vorsitzes zu dem Unionsprogramm (2014-2020) für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, das die europäische Bürgerschaft fördern und ein Europa des Wissens stärken wird.

Frankreich, Schweden, Dänemark, Finnland, Polen und Slowenien möchten hervorheben, dass in dem Kompromissvorschlag eindeutig festgelegt ist, dass die Bürgerschaftsfazilität für Studiendarlehen für Studierende, die einen Master-Abschluss anstreben, ausschließlich probeweise eingeführt wird.

Allerdings merken Frankreich, Schweden, Dänemark, Finnland, Polen und Slowenien erneut an, dass diese Bürgschaftsfazilität für Studierende, die einen Master-Abschluss anstreben¹, keine angemessene Antwort auf die Demokratisierung und Entwicklung eines internationalen Austauschs ist, wohingegen die Mobilität das Herzstück des Erasmus-Projekts – einem der symbolträchtigsten europäischen Programme – bildet.

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Verschuldung von Studierenden und einer sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa sind wir äußerst besorgt darüber, dass beschlossen wird, die Anzahl von Stipendien für die Mobilität von Studierenden (universitäre Studien und Praktika), die allen Kategorien von Studierenden offenstehen, zugunsten der ausschließlichen Darlehensgewährung an Studierende in einem Master-Studiengang de facto zu verringern. Außerdem gehen wir davon aus, dass die Bürgschaftsfazilität für Studiendarlehen nicht zu einer unausgewogenen Mobilität und zur Abwanderung hochqualifizierter Kräfte führen wird.

Da keine aktuelle Folgenabschätzung – insbesondere hinsichtlich der sozialen Aspekte – vorliegt, war es stets der Wunsch Frankreichs, Schwedens, Dänemarks, Finnlands, Polens und Sloweniens, dass die Umsetzung dieser Darlehensfazilität für Studierende weiterhin ausschließlich probeweise erfolgt und nach dem Grundsatz der Billigkeit Darlehensvergabebedingungen vorgesehen werden, die günstiger als die Marktbedingungen sind, nicht zu einer Überschuldung von Studierende führen und nicht Finanzhilfen ersetzen, die weiterhin das ideale Instrument für die Mobilität im Bereich der beruflichen Bildung bleiben müssen.

Daher wäre es ratsam gewesen, den von der Kommission vorgeschlagenen Prozentsatz der für dieses neue Instrument bereitgestellten Mittel – wie von Frankreich, Schweden, Dänemark, Finnland, Polen und Slowenien gewünscht – auf 2 % zu beschränken.

Frankreich, Schweden, Dänemark, Finnland, Polen und Slowenien ersuchen die Kommission daher dringend, sicherzustellen, dass die Studierenden vor den möglichen negativen Auswirkungen dieses Instruments geschützt werden. Sie bekräftigen zudem, dass sie sich dafür einsetzen werden, dass von sämtlichen Möglichkeiten für die Überprüfung der Folgen der Umsetzung der Fazilität und für die entsprechenden Anpassungen Gebrauch gemacht wird, vor allem angesichts des Erprobungscharakters der Fazilität, der Teil dieses Kompromisses ist.

¹ – Erwägungsgrund 11, Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a, Artikel 18 Absatz 2 Buchstabe c, Artikel 20, Artikel 21 Absätze 2 und 3, Artikel 28 Absatz 3 Buchstabe a und Anhang 2 der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport (2014-2020).